

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/013(IV)/06			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 19.05.2006	Hasselbachsaal	15:00Uhr	17:50Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschriften der Sitzung des VW am 21.03.06,
24.03.06, 31.03.06, 05.04.06
- 4 Beschlussvorlagen
 - 4.1 Beteiligungsbericht 2005
Vorlage: DS0130/06
BE: Bürgermeister
- 5 Anträge
 - 5.1 Bürgerbrief
Vorlage: A0204/05
FDP-Fraktion

- 5.1.1 Bürgerbrief
Vorlage: S0055/06
BE: Oberbürgermeister
- 5.2 Konzeption Zoo
Vorlage: A0231/05
CDU-Fraktion und Fraktion BfM/Tierschutz
WV vom 24. 03. 2006
- 5.2.1 Konzeption Zoo
Vorlage: S0040/06
BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport
- 6 Informationen
- 6.1 Bericht zum Personal- und Organisationsmanagement
Vorlage: I0113/06
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 6.2 Garagenstandorte - Auswirkungen des
Schuldrechtsanpassungsgesetzes (SchuldRAnpG)
Vorlage: I0119/06
BE: Bürgermeister
- 7 Verschiedenes

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung des Verwaltungsausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen der vorliegenden Tagesordnung zu.

Die Abarbeitung der Tagesordnungspunkte erfolgt in der vom Oberbürgermeister vorgeschlagenen Reihenfolge.

3. Genehmigung der Niederschriften der Sitzung des VW am 21.03.06, 24.03.06, 31.03.06, 05.04.06

Niederschrift der Sondersitzung des Verwaltungsausschusses vom 21. 03. 2006

Die Niederschrift wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses einstimmig bestätigt.

Niederschrift der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 24. 03. 2006

Redaktionelle Änderung der Fraktion Die Linkspartei.PDS:

Auf Seite 6, TOP 9.2 ist zu ergänzen:

Stadträtin Frömert, Fraktion Die Linkspartei.PDS, fragt nach dem Einverständnis zur Rückstufung, das der Oberbürgermeister bejaht.

Die so geänderte Niederschrift wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses einstimmig bestätigt.

Niederschrift der Sondersitzung des Verwaltungsausschusses vom 31. 03. 2006

Die Niederschrift wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bei 1 Enthaltung einstimmig bestätigt.

Niederschrift der Sondersitzung des Verwaltungsausschusses vom 05. 04. 2006

Die Niederschrift wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses einstimmig bestätigt.

4. Beschlussvorlagen

4.1. Beteiligungsbericht 2005 Vorlage: DS0130/06

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Czogalla teil.

Der Bürgermeister Herr Czogalla gibt den Hinweis, dass auch für die kommenden Jahre der Beteiligungsbericht in der jetzt vorliegenden Form erstellt wird und bezeichnet die Erarbeitung eines Controlling-System für die städtischen Beteiligungen als wichtig für den Stadtrat und die einzelnen Aufsichtsgremien.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, legt seine Auffassung dar, dass seitens der Gesellschaftervertreter der betroffenen Gesellschaften der Bericht dahingehend zu prüfen sei, ob die dargestellte Situation auch genau wiedergegeben wurde. Unter Bezugnahme auf die Diskussion in der MVGM hinsichtlich der Frage der Zuständigkeiten der Gesellschaftervertreter bittet er den Oberbürgermeister, den aktuellen Stand zu dieser Thematik zu prüfen.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, verweist auf ein diesbezügliches Material des Innenministeriums des Landes Sachsen-Anhalt und sieht keinen Diskussionsbedarf hinsichtlich der Rechte und Pflichten von Gesellschaftervertretern.

Stadtrat Brüning, Fraktion Die Linkspartei.PDS, äußert sich positiv zur Qualität des Berichtes, der einen Gesamtüberblick über die städtischen Gesellschaften darstellt. Bezug nehmend auf den Vorschlag der FDP-Fraktion hinsichtlich der Veräußerung von kommunalem Eigentum sieht er jedoch Diskussionsbedarf zur Beschreibung des öffentlichen Zwecks bzw. der öffentlichen Daseinsvorsorge von städtischen Gesellschaften. Er regt an, diese Diskussion unter dem Gesichtspunkt der Haushaltskonsolidierung bis zum Jahr 2014 und der damit verbundenen Probleme im Verwaltungsausschuss zu führen.

Seitens des Oberbürgermeisters wird hierzu Zustimmung signalisiert, jedoch darauf verwiesen, diese Diskussion nicht öffentlich zu führen.

Der Bürgermeister Herr Czogalla informiert, dass im Herbst diesen Jahres eine Schulung zu steuerrechtlichen Fragen durchgeführt wird, in deren Rahmen die von Stadtrat Brüning vorgeschlagene Thematik besprochen werden könnte.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, spricht sich für die Annahme der Drucksache aus und hinterfragt die Einbeziehung der Eigenbetriebe in das Beteiligungscontrolling.

In Beantwortung seiner Frage verweist der Bürgermeister Herr Czogalla darauf, dass auf Grund des umfangreichen Aufwandes zur Erstellung des Berichtes in der vorliegenden Form die Einbeziehung von Eigenbetrieben nicht berücksichtigt wurde. Auf Grund des enormen Arbeitsaufwandes wurde bei der Landesregierung angefragt, ob der Bericht tatsächlich jährlich

zu erarbeiten ist. Ebenfalls ist dem Arbeitsaufwand geschuldet, dass dieser nicht mit dem Haushaltsplan vorgelegt werden kann. Für dieses Jahr wurde eine Ausnahmegenehmigung für die getrennte Vorlage des Berichtes und des Haushaltsplanes erteilt.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die DS0130/06 in seiner Sitzung am 01. 06. 2006 zu beschließen.

5. Anträge

5.1. Bürgerbrief Vorlage: A0204/05

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist auf das in der Stellungnahme der Verwaltung gezogene Fazit und darauf, dass der personelle und finanzielle Aufwand zur Erstellung des im Antrag genannten Bürgerbriefs nicht zu leisten sei. Für die im Antrag ebenfalls genannten Informationen steht die Internet-Seite der Stadt Magdeburg zur Verfügung, welche täglich aktuell einsehbar ist.

Die Stellungnahme der Verwaltung S0055/06 wird zur Kenntnis genommen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt ohne Ja-Stimmen bei 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0204/06 in seiner Sitzung am 01. 06. 2006 nicht zu beschließen.

5.2. Konzeption Zoo Vorlage: A0231/05

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter des Eigenbetriebes Zoo Herr Dr. Perret teil.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion BfM/Tierschutz, bringt in seinen Erläuterungen zum Hintergrund des Antrages zum Ausdruck, dass der beantragte Prüfauftrag im Ergebnis der erfolgten Ausschussberatungen nach seinem Empfinden nicht gründlich genug erfüllt wurde. Er verweist auf Grund der Einhaltung tierschutzrechtlicher Bestimmungen auf zukünftig auftretende Schwierigkeiten der Tierhaltung auf dem derzeitigen Zoogelände und legt dar, dass hierdurch in Zukunft einige Tierarten nicht mehr gehalten werden können.

Im Weiteren geht er auf den Zuschussbedarf des Zoos sowie des Elbauenparks ein und sieht bei einer Zusammenlegung beider Objekte erhebliche Einsparungspotenziale. Er spricht sich dafür aus, das Gelände des Elbauenparks als Erlebnispark zu nutzen und sieht tiergärtnerisch keine Möglichkeiten mehr am gegenwärtigen Standort.

Der Leiter des Eigenbetriebes Zoo Herr Dr. Perret widerspricht dieser letztgenannten Aussage und verweist auf die in den vergangenen Jahren gesetzten inhaltlichen Schwerpunkte zur

Entwicklung des Geländes. In diesem Zusammenhang kündigt er die Einbringung eines Konzeptes zur zukünftigen Entwicklung des Zoo`s zur Beschlussfassung des Stadtrates im Herbst an.

Weiterhin verweist Herr Dr. Perret auf die gültige Betriebserlaubnis der Unteren Umweltbehörde und die bestehende Problematik der Haltung von Dickhäutern. Für diese Problematik sind jedoch auch Möglichkeiten der Verbesserung denkbar und auf dem derzeitigen Gelände durchführbar.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, legt seine Auffassung dar, dass die Thematik der Zusammenlegung der Objekte im Rahmen der Planung der Bundesgartenschau hätte diskutiert werden sollen. Dies wäre der richtige Zeitpunkt gewesen. Bezugnehmend auf die Ausführungen in der Stellungnahme der Verwaltung sieht er den vorliegenden Antrag als erledigt an und verweist darauf, dass in dem vorzulegenden Konzept deutlich die Entwicklungsrichtung für den Zoo am derzeitigen Standort vorgegeben wird.

Er spricht sich dafür aus, den vorliegenden Antrag zurückzuziehen.

Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, geht auf die Kostenfrage hinsichtlich einer Umsetzung des Zoo`s und die für die Kostendeckung erforderliche Besucheranzahl ein. Er äußert mit Verweis auf eine entsprechende Studie seine Zweifel, dass diese Besucherzahlen erreicht werden können. Stadtrat Lischka sieht das Risiko einer Erhöhung des Zuschussbedarfes im Fall der Umsetzung und sieht den Zeitpunkt für die Realisierung dieser Maßnahme nicht für richtig an.

Hinweis: Stadtrat Franke, FDP-Fraktion, trifft um 15.15 Uhr zur Sitzung ein.

In seinen Ausführungen legt Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, dar, dass es Anliegen des Antrages sei, einen Denkprozess anzuregen. Insbesondere verweist er hierbei auf städtebauliche Aspekte, die Sicherung der Nachnutzung des Elbauenparkes sowie finanzielle Aspekte, die in die Überlegungen hinsichtlich einer möglichen Verlegung einbezogen werden sollten. Diese sollte schrittweise vollzogen werden.

Bezüglich der vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung hält er diese für überarbeitungswürdig und kritisiert u.a. das Fehlen von Angaben zu Neuinvestitionen im Zoo sowie für Sanierungsmaßnahmen an den bestehenden Zoogebäuden. Es sollten Überlegungen angestellt werden, was eine Verlegung des Zoo`s zukünftig für eine Attraktivitätssteigerung des Elbauenparks bedeutet. Die Vor- und Nachteile sollten abgewogen und die Kostenfrage genau geprüft werden auch unter dem Aspekt der finanziellen Investitionen im Zoo. Hierbei soll auch das seitens des Leiters des Eigenbetriebs Zoo zu erarbeitende Konzept mit einbezogen werden.

Stadtrat Löhr, SPD-Fraktion, verweist darauf, dass der Zoo am derzeitigen Standort erweiterungsfähig sei und entsprechende Veränderungen möglich und durchführbar sind. Als Folge einer schrittweisen Umverlegung verweist er insbesondere darauf, dass bis zur endgültigen Herstellung des Standortes zwei Zoo`s betrieben werden müssten und somit die finanzielle Belastung erhöht wird.

Stadtrat Sven Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, geht auf mögliche Entsorgungskosten, die in Folge einer Verlegung des Zoo`s entstehen können, ein und verweist im Weiteren auf die in der Vergangenheit durchgeführten Maßnahmen zur Betreibung und zur Attraktivitätssteigerung des Elbauenparkes. Er äußert ebenfalls seine Zweifel am Erreichen der erforderlichen Besucherzahlen und hält die beantragte Maßnahme auf Grund der entstehenden Kosten für nicht realisierbar. Er legt dar, dem vorliegenden Antrag nicht folgen zu können.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, führt aus, dass mit vorliegendem Antrag beabsichtigt wird, finanzielle Aufwendungen zu minimieren. Bezugnehmend auf die kritischen Anmerkungen von Stadtrat Stern hinsichtlich fehlender Angaben in der Stellungnahme der Verwaltung kann er die ablehnende Haltung zum Antrag nicht nachvollziehen, solange die geforderten Angaben nicht vorgelegt und geprüft wurden.

Stadträtin Wübbenhorst, SPD-Fraktion, nimmt Bezug auf den Antrag A0183/05 der Fraktion BfM/Tierschutz zur Perspektive der Gruson-Gewächshäuser und verweist darauf, dass diese in der vorzulegenden Zookonzeption Berücksichtigung finden sollen. Sie spricht sich dafür aus, zunächst die Konzeption zur Entwicklung des Zoo`s abzuwarten.

Abschließend äußert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper, dass die Idee zur Umverlegung vom Grundsatz her gut sei, der Zeitpunkt für eine Umsetzung der Maßnahme jedoch denkbar ungünstig. Die erforderlichen Investitionen für den Zoo belaufen sich auf 20 Mio Euro, eine Verlegung würde Kosten in Höhe von 100 Mio Euro verursachen. Bezüglich der avisierten Beschlussvorlage zur Entwicklung des Zoo`s führt er aus, dass hinsichtlich der erforderlichen Investitionen für den Zoo die Mitfinanzierung aus Umlandgemeinden deutlich gemacht werden muss, da ansonsten keine Genehmigung seitens des Landesverwaltungsamtes für die Investitionen erteilt wird. Mit Hinweis auf den Zeitraum bis zu einer endgültigen Verlegung des Zoo`s an den Standort Elbauenpark verweist der Oberbürgermeister darauf, dass bis dahin unbedingt erforderliche Sanierungen wie z.B. des Dickhäuterhauses nicht verschoben werden können.

Die Stellungnahme der Verwaltung S0040/06 wird zur Kenntnis genommen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 4 Ja-Stimmen bei 9 Nein-Stimmen und ohne Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0231/05 in seiner Sitzung am 01. 06. 2006 nicht zu beschließen.

6. Informationen

6.1. Bericht zum Personal- und Organisationsmanagement Vorlage: I0113/06

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz teil.

Herr Platz informiert die Mitglieder des Verwaltungsausschusses über die Absicht, den mit der Information vorgelegten Bericht nunmehr jährlich zu erarbeiten und die Entwicklung im Personalbereich darzustellen.

Ergänzend zur Berichterstattung gibt er eine Präsentation zu zentralen Fragen zum Personal- und Organisationsmanagement. Hierbei geht er insbesondere auf nachfolgende Schwerpunkte ein:

- Wichtigste Maßnahmen zu Veränderungen der Organisation seit 1999
- Übersicht zur Beschäftigtenentwicklung ab 1991
- Vergleich Anzahl der Beschäftigten der Stadt Magdeburg mit anderen deutschen Städten
- Übersicht über die Stellenentwicklung ab 1999 der einzelnen Dezernate mit Zielstellung der Entwicklung bis 2009

Weiterhin geht er in seinen Ausführungen auf Veränderungen der Hierarchieebenen nach Fachbereichsbildungen, die Beschäftigtenstruktur, die Personalkostenentwicklung ab 2000, die Beschäftigtenentwicklung, die strategischen Ziele des betrieblichen Gesundheitsmanagements sowie Maßnahmen zur Personalentwicklung ein und erläutert abschließend die Inhalte des strategischen Personalmanagements sowie die Schwerpunkte hierbei für die Jahre 2006/2007. (Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.)

Hinweis: Stadtrat Franke, FDP-Fraktion, verlässt um 17.00 Uhr die Sitzung.

In der sich anschließenden Diskussion nimmt Stadtrat Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS, Bezug auf die im Bericht unter Punkt 4.3 Ausbildung gemachten Ausführungen hinsichtlich der Anschlussfähigkeit für Auszubildende und legt seinen Eindruck dar, dass die beschriebene Verfahrensweise so nicht in den Eigenbetrieben, speziell im EB Städtisches Klinikum, angewendet wird. Er hält die im Bericht gegebene Darstellung somit für nicht ganz korrekt und schlägt vor, die Situation im Eigenbetrieb Städtisches Klinikum gesondert darzustellen.

Seitens des Beigeordneten I Herrn Platz wird auf einen entsprechenden Stadtratsbeschluss verwiesen, die dargestellte Verfahrensweise in den Eigenbetrieben nach deren betrieblichen Möglichkeiten anzuwenden. Er unterbreitet den Vorschlag, diese Thematik als gemeinsame Sache der Verwaltung und des Stadtrates bzw. der Betriebsausschüsse zu sehen und darauf zu achten, dass der Beschluss des Stadtrates umgesetzt werden kann.

Im Weiteren informiert der Beigeordnete I, dass seitens der Stadt die Möglichkeiten für eine unbefristete Übernahme von Auszubildenden nach deren erfolgreichem Abschluss der Berufsausbildung erweitert werden sollen. Dies ist für die zukünftige personelle Entwicklung erforderlich.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion BfM/Tierschutz, nimmt Bezug auf die demografische Betrachtung der Beschäftigtenentwicklung und äußert seine Befürchtung, dass auf Grund der dargestellten Entwicklung mittelfristig die Leistungsfähigkeit der Verwaltungsmitarbeiter sinken könne.

Hierzu legt der Beigeordnete I Herr Platz die Wichtigkeit dar, sich auf diese Entwicklung einzustellen und entsprechende Maßnahmen z.B. im betrieblichen Gesundheitsmanagement einzuleiten bzw. das Augenmerk auf die Besetzung von Stellen durch vorwiegend jünger Mitarbeiter zu richten.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

6.2. Garagenstandorte - Auswirkungen des
Schuldrechtsanpassungsgesetzes (SchuldRAnpG)
Vorlage: I0119/06

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Czogalla teil.

In seinen Erläuterungen zur Information führt der Bürgermeister Herr Czogalla aus, dass diese auf der Grundlage der im Stadtrat behandelten Anträge A0044/06 der CDU-Fraktion und A0050/06 der Fraktion Die Linkspartei.PDS dazu dienen soll, Irritationen hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse ab 2007 nach Auslaufen der Kündigungsschutzfrist bei Garagenstandorten auszuräumen. Im Gesetz ist klar geregelt, wie sich die Verantwortung nach dem 01. 01. 2007 darstellt. Insbesondere verweist Herr Czogalla darauf, dass seitens der Stadtverwaltung nicht die Absicht besteht, für die im städtischen Besitz befindlichen Garagenstandorte Kündigungen auszusprechen.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, äußert seine Zustimmung zum Inhalt der Information und bezeichnet diesen als moderaten Umgang mit den Regelungen des Schuldrechtsanpassungsgesetzes. Er nimmt Bezug auf die in der Anlage zur Information aufgeführten Belegungszahlen am Standort Kirschweg und spricht die Thematik der Untervermietung und den bestehenden Bedarf hierfür an.

Der Bürgermeister verweist hierzu auf Problemstellungen bei der Erhebung der Belegungszahlen auf Grund dessen, dass viele Garagengemeinschaften nicht mehr existieren. Die benannte Situation am Standort Kirschweg wird noch einmal überprüft. Hinsichtlich der zu zahlenden Mietpreise informiert er, dass diese zwischen 3 € und 25 € liegen, im Durchschnitt also unter 10 € pro Monat.

Unter Bezugnahme auf den im Stadtrat am 13. 03. 2006 beschlossenen Antrag A0050/06 seiner Fraktion zur Sicherung von Garagenstandorten verweist Stadtrat Brüning, Fraktion Die Linkspartei.PDS, darauf, dass die Aussage, keine Kündigung für städtische Garagenstandorte auszusprechen, für ihn nicht ausreichend ist. Um die Irritationen hinsichtlich der Besitzverhältnisse auszuräumen muss seitens der Stadt für eine Standortsicherung mehr getan

werden. Es sollte geprüft werden, ob die Flächen der ehemaligen Garagengemeinschaften im Erbbaurecht vergeben werden können. Dies würde den Verwaltungsaufwand erleichtern.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, unterbreitet den Vorschlag, grundsätzlich für alle Garagenstandorte die Kündigungen auszusprechen und begründet diesen mit dem maroden Zustand der meisten Garagenkomplexe und der immer geringer werdenden Auslastung der Garagennutzung.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, erklärt, dass der Antrag A0044/06 der CDU-Fraktion mit der vorliegenden Information als erledigt betrachtet wird.

Die Information wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses zur Kenntnis genommen.

7. Verschiedenes

7.1. Schiffshebewerk

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, informiert über eine Aussage im Rahmen der Regionalversammlung zur Thematik Schiffshebewerk, dass das Befahren der Großen Schleuse mit Sportbooten nicht zulässig sei. Er hinterfragt die Richtigkeit dieser Aussage und welche Schlussfolgerungen hieraus zu ziehen sind und äußert die Befürchtung, dass in Bezug auf das Projekt „Blaues Band“ möglicherweise Fördermittel zurück zu zahlen sind.

Der Oberbürgermeister sagt zu, die Fragestellungen in der Verwaltung klären zu lassen.

7.2. Eintragungen in Goldenes Buch der Stadt

Zur Nachfrage des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion, hinsichtlich einer Presseinformation über die Eintragung des 1. FC Magdeburg in das Goldene Buch informiert der Oberbürgermeister, dass dies eine Fehlinformation ist und eine Eintragung in das Gästebuch stattfindet.

Diese Thematik zum Anlass nehmend verweist Stadtrat Stern auf fehlende Regelungen in der Ehrenbürgersatzung, dass sich auch ehrenamtlich Tätige, wie z.B. Rettungsschwimmer, in das Goldene Buch eintragen können. Er regt an zu prüfen, ob hier eine entsprechende Satzungsänderung vorgenommen werden kann.

Der Oberbürgermeister nimmt diese Anregung auf.

7.3. Lärmschutz bei Open-Air-Veranstaltungen

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, nimmt Bezug auf die Richtlinie der Stadt Magdeburg hinsichtlich des Lärmschutzes. Er hinterfragt auf der Grundlage einer Bürgeranfrage deren

Umsetzung seitens der Verwaltung und bringt die Befürchtung privater Veranstalter von umfangreichen Auflagen und damit verbundenen erheblichen Kosten zum Ausdruck.

Hierzu wird durch den Fachdienstleiter 32.2 Herrn Harnisch informiert, dass bei gewerblichen Veranstaltungen, für die entsprechende Lärmschutzauflagen erteilt wurden, seitens eines Gutachters der Lärmpegel kontrolliert werden muss und hierzu die Kosten für den Gutachter vom Veranstalter zu tragen sind. Bei privaten Vereinen wird aber, wie auch schon in den vergangenen Jahren so praktiziert, auf die Gutachterkosten verzichtet.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Schriftführer/in

Anwesend:

Vorsitzende/r

Der Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Hans-Werner Brüning

Stadtrat Holger Franke

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

Stadtrat Burkhard Lischka

Stadtrat Rainer Löhr

Stadtrat Sven Meinecke

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Wigbert Schwenke

Stadtrat Alfred Westphal

Stadträtin Beate Wübbenhorst

Abwesend:

Beratende Mitglieder

Stadtrat Michael Stage